

EKD distanziert sich vom Völkerrecht und setzt den ÖRK unter Druck, die Stimme der Palästinenser zu unterdrücken

Protest des Kairos Palästina Solidaritätsnetzwerks

Gerade ist die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe zu Ende gegangen. Ein starker Konflikt dort betraf die Unterdrückung der Stimme der Palästinenser. Das Kairos Palästina Solidaritätsnetz in Deutschland protestiert mit diesem offenen Brief an die EKD gegen deren Aktionen, die eine unrühmliche Rolle bei dieser Unterdrückung spielten, indem im Folgenden ein genauer Bericht über die Palästina/Israel betreffenden Vorgänge auf der Vollversammlung gegeben wird.

Dass es sich beim Staat Israel – seinen Gesetzen, seiner Politik und seiner Praxis – inzwischen um ein *Apartheidsystem* nach dem Völkerrecht handelt, haben inzwischen alle seriösen Menschenrechtsorganisationen in Israel (B'Tselem), Palästina (Al-Haq), USA (Human Rights Watch) und Amnesty International gründlich erforscht und öffentlich bekannt gemacht. Sie wurden bestätigt vom Sonderbeauftragten der UNO für die besetzten palästinensischen Gebiete, Michael Lynch.¹ Als dieses Thema 2021 zunehmend in Öffentlichkeit und der weltweiten Ökumene diskutiert wurde, begann die EKD, den Generalsekretär des ÖRK unter Druck zu setzen, Apartheid und BDS auf keinen Fall bei der Vollversammlung aufkommen zu lassen. Sonst könnten Zuschüsse und Visa aus Deutschland in Gefahr sein. Damaliger Kommentar eines skandinavischen Kirchenvertreters: „The Germans have taken the WCC hostage“ (Die Deutschen haben den ÖRK als Geisel genommen). Auch verbreitete die EKD zur Vorbereitung der Vollversammlung einen Text, der strikt ablehnte, bei Israel von Apartheid zu sprechen, weil es sich hier nicht um ein Rassenproblem handele.²

Bei der Vollversammlung selbst folgte eine Maßnahme der anderen: Der Generalsekretär Ioan Sauca setzte den Druck um, indem er von den 25 Minuten seines Berichts an die Vollversammlung etwa 10 Minuten dem Thema Palästina-Israel widmete. Seine Strategie war dabei folgende: Er erwähnte, dass ein Resolutionsentwurf der südafrikanischen Kirchen vorliege, der den Begriff Apartheid für Israel anwende. Damit solle man aber sehr vorsichtig sein. Denn bei seiner letzten Reise mit einer ÖRK-Delegation ins Heilige Land hätten die Kirchenführer vor einer solchen Sprache gewarnt. Das heißt, der Generalsekretär, der in seinem Bericht die letzten neun Jahre des ÖRK darstellen und im Blick auf die Zukunft auswerten soll, benutzt einen großen Teil seiner Zeit, um einen Antrag von 17 Mitgliedskirchen³ zu zensieren, der den Delegierten noch gar nicht bekannt ist, weil er nach den Regeln erst beim Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten (Public Issue Committee/PIC) eingereicht werden muss, also nur dessen Mitglieder den Text kennen. Außerdem spielt er die Kirchenführer gegen die Kirchenmitglieder aus, ohne zu sagen, unter welchem Druck der israelischen Regierung Kirchenführer im Heiligen Land stehen, sich diplomatisch zu verhalten, um ihre Gemeinden nicht zu gefährden.

Nach seinem Bericht beschloss die südafrikanische Delegation, sich bei der erhofften Aussprache zu melden und ihren Resolutionsentwurf dem Plenum bekannt zu machen. Die palästinensische Delegation beschloss, dass ein Bischof sich dann auch melden würde – nur um den einen Satz zu sagen: „Herr Sauca, Sie waren nicht autorisiert, in unserem Namen zu sprechen“. Dazu kam es aber nicht. Denn zum ersten Mal in einer Vollversammlung gab es keine Möglichkeit einer Aussprache zu dem Bericht des Generalsekretärs.

1 <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G22/264/44/PDF/G2226444.pdf?OpenElement>.

2 *Informationen zur Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe.*

3 Der Antrag, eingereicht vom anglikanischen Erzbischof von Cape Town Makgoba, wurde unterstützt von folgenden 16 Kirchen: United Church of Christ/USA, Disciples of Christ/USA, Uniting Presbyterian Church in Southern Africa, Moravian Church in South Africa, The Ev. Lutheran Church in Canada, Presbyterian Church USA, Presbyterian Church of Colombia, Presbyterian Church of Cuba, The United Church of Canada, The Methodist Church of Southern Africa, Disciples of Christ Argentina, The Greek Orthodox Church of Antioch, The Presbyterian-Reformed Church of Cuba, The Presbyterian Church of Brasil, Church of Norway, Church of Sweden.

Dann folgte die „Deutsche Begrüßungsfeier“. Bundespräsident Steinmeier stellte neben der Unterstützung der Ukraine vor allem den Kampf gegen den Antisemitismus in den Mittelpunkt seiner Rede – die übrigens von Delegierten aus dem globalen Süden u.a. mit dem Satz kommentiert wurde: „So we have experienced again what colonialism means: We do not exist, they know everything.“ Danach folgte die Rede von Prof. Barbara Traub, Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden. Natürlich war auch ihr Hauptthema der Antisemitismus, aber sie ging auch direkt zum Angriff gegen Kairos Palästina, das palästinensische ökumenische Netzwerk, und dessen Kairos Dokument vor. Weder sagte der moderierende Generalsekretär ein Wort zur Verteidigung der palästinensischen Brüder und Schwestern, die im Saal saßen, noch bekamen die Angegriffenen Gelegenheit, sich zu äußern. Auch weitere jüdische VertreterInnen bekamen im Lauf der Vollversammlung das Recht zu Grußworten: Rabbi David Sandmel vom International Jewish Committee on Interreligious Consultations (IJCIC) und Liliane Apotheker vom International Council of Christians and Jews. Wohlgemerkt: Diese Grußworte sind natürlich völlig berechtigt – aber nicht, wenn gleichzeitig die palästinensischen Stimmen unterdrückt werden. Vor allem aber wird auch durch diese Auswahl der RednerInnen ausgeblendet, dass es eine wachsende Anzahl von JüdInnen gibt, die in großer Sorge um die Zukunft Israels sind, weil ein Staat, der sich auf die gewaltsame Unterdrückung eines Volkes in der Form der Apartheid gründet, keine Zukunft hat. Das sind inzwischen 40 % der jungen jüdischen Menschen in den USA.⁴

Die Unterdrückung einer palästinensischen Stimme im buchstäblichen Sinn des Wortes geschah dann bei der 1. Thematischen Plenarsitzung unter dem Thema „Der Sinn der Liebe Gottes in Christus für die gesamte Schöpfung – Versöhnung und Einheit“. Diese war in zwei Phasen aufgeteilt, 1. Schöpfung und 2. „Gottes barmherzige Liebe für eine zerbrochene Welt mit besonderem Augenmerk auf dem Nahen Osten zeigen“. Die Choreographie des Plenums war so gestaltet, dass jedes der Teile mit einem Einleitungsvortrag eröffnet wurde. Dabei fiel bereits auf, dass zur Eröffnung des 2. Teils kein Redner aus dem Nahen Osten sprach, sondern aus Großbritannien. Dann sollte die Moderatorin des Zentralausschusses, Agnes Aboum, auf einem Podium ursprünglich drei VertreterInnen der Jugend um Reaktionen zum Thema bitten. Es waren aber nur zwei Jugendliche anwesend, eine Schwedin und ein junger Mann aus der Karibik. Was war geschehen? Es war eine Palästinenserin als dritte vorgesehen gewesen, eine Delegierte des Christlichen Weltstudentenbundes (WSCF). Die jungen Leute mussten ihre Texte vorher einreichen. Sie hatte einfach mit klaren, einfachen Worten ihre Realität in Palästina ansprechen wollen. Darauf wurde ihr gesagt, das sei nicht die Sprache des ÖRK, sie möge bitte dies und das ändern. Sie tat es, aber auch das reichte nicht. Der Stab legte ihr eine Erklärung mit allgemeinen Worten vor, die sie vortragen sollte. Das verweigerte sie aus Gewissensgründen. So nahm man sie vom Podium ganz herunter. Also durfte im Plenum zum Nahen Osten kein Mensch aus dem Nahen Osten sprechen.

Es gab zwei Orte, an denen Palästinenser offen über die Lage ihres Volkes sprechen durften: 1. in einem der 23 „Ökumenischen Gesprächen“ (Ecumenical Conversation 13, Rev. Ashraf K. Tannous von der Lutherischen Kirche). Das hörten aber nur um die 30-40 Menschen. 2. durfte die Ev.-Lutherische Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land einen Workshop im Brunnen-Programm abhalten – allerdings außerhalb des Vollversammlungsgeländes in einem Hotel (drei weitere zum Thema Palästina beantragte Workshops wurden vom ÖRK abgelehnt). In diesem Workshop gab Bischof Azar seinem Pfarrer Dr. Munther Isaac das Wort, um die Situation der Palästinenser unter israelischer Gewaltherrschaft zu beschreiben – unter dem Begriff Apartheid. Was sagt das über die Aussage des Generalsekretärs zur Haltung der Kirchenführer in Palästina? Wenn man es in Deutschland nicht schon vorher wusste: dieser Begriff ist kein moralischer Vergleich mit Südafrika, sondern ein inzwischen klar definierter völkerrechtlicher Begriff für eines der Verbrechen gegen die Menschlichkeit/Menschheit (humanity).

4 Das sagt eine kürzlich abgehaltene Umfrage. Vgl. auch etwa den früheren israelischen Generalstaatsanwalt Michael Benyair (<https://www.fr.de/meinung/gastbeitraege/zwei-voelker-mit-ungleichen-rechten-91287316.html>) und zwei frühere Botschafter Israels in Südafrika (<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/israels-ex-botschafter-e2-80-9ewas-in-pal-c3-a4stina-geschieht-ist-apartheid-e2-80-9c/ar-AA11wjyV?fromMaestro=true>), die den Apartheidcharakter des Systems voll bestätigen.

Im Blick auf die EKD muss allerdings erwähnt werden, dass in dem von ihr verantworteten „Begegnungsprogramm“ am Rande der Vollversammlung in der Neuapostolischen Kirche ein Workshop zweier US-Kirchen und dem europäischen Zweig von Global Kairos for Justice durchgeführt werden durfte. Thema: *Ökumenische Bewegung und Kirchen in Europa und den USA für Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina/Israel*. Im Antrag kam sogar das Wort Apartheid vor.

Inzwischen war bekannt geworden, dass aus dem ÖRK selbst ein Resolutionsentwurf an das Public Issues Committee/PIC gesandt worden war, der das Wort Apartheid vermeiden sollte. Daraufhin taten sich die SüdafrikanerInnen mit den unterstützenden Kirchen und den PalästinenserInnen zusammen, nahmen den ÖRK-Entwurf als Rahmen, strichen einiges raus und fügten stattdessen klare Sätze aus dem südafrikanischen Resolutionsentwurf ein.⁵ So wollten sie vermeiden, dass das PIC beim erwarteten Zusammenfügen der verschiedenen Eingaben ihr zentrales Anliegen nicht benennen würde. Als aber am vorletzten Tag die erste Fassung der PIC-Berichts vorgelegt wurde, stellte sie das Thema Apartheid so dar, als sei es von außen durch Menschenrechtsorganisationen aufgeworfen worden und müsse nun weiter vom ÖRK behandelt werden. Die EKD wollte aber das Wort Apartheid offenbar ganz aus dem Dokument streichen lassen. So meldete sich Auslandsbischofin Bosse-Huber mit einer flammenden Rede, die mit dem Satz endete, die EKD würde niemals im Zusammenhang mit Israel Apartheid sagen (“the EKD would never accept a statement that included any reference to the situation as apartheid”⁶). Es war vorher als Regel ausgegeben worden, dass in diesem Stadium der Verhandlungen jede Intervention nur 1 Minute dauern dürfe, um einen konkreten Formulierungsvorschlag zu machen. Die Bischofin redete aber weiter. Nach 2 Minuten begannen Delegierte mit der blauen Karte (Nein) oder mit gekreuzten Karten (Aufhören) zu wedeln, nach 3 Minuten immer mehr bis schließlich bei gegen 4 Minuten Rede mindestens die Hälfte der Delegierten wedelte oder rief „Moderator, stop her“. Menschen, die viele Vollversammlungen erlebt hatten, bezeugten, noch nie erlebt zu haben, dass eine Bischofin eine derartige Reaktion erhielt.

Weiter meldeten sich zwei Delegierte der antragstellenden Kirchen und forderten, dass in dem Text deutlich werden müsse, dass nicht nur die Menschenrechtsorganisationen, sondern 17 Kirchen in dieser Versammlung die Behandlung des israelischen Apartheidsystems gefordert hätten und sich auch nicht nur der ÖRK, sondern die Mitgliedskirchen in einen Prozess der intensiven Auseinandersetzung mit dieser Problematik begeben müssten (“The WCC and its member churches to study, discuss, and discern the implications of the recent reports on apartheid by B'Tselem, Human Rights Watch, and Amnesty International, and for its governing bodies to respond in line with the call from Palestinian Christians and Churches for justice for their people.”).

Darauf antwortete das PIC mit folgender Formulierung des umstrittenen Absatzes und dem daraus folgenden Aufruf (ohne diesen der vorgeschlagenen Formulierung anzupassen):

„Recently, numerous international, Israeli and Palestinian human rights organizations and legal bodies have published studies and reports describing the policies and actions of Israel as amounting to ‘apartheid’ under international law. Within this Assembly, some churches and delegates strongly support the utilization of this term as accurately describing the reality of the people in Palestine/Israel and the position under international law, while others find it inappropriate, unhelpful and painful. We are not of one mind on this matter. We must continue to struggle with this issue, while we continue working together on this journey of justice and peace. We pray that the WCC continues to provide a safe space for its member churches for conversation and collaboration in pursuing truth, and working for a just peace among all people of the region.....

The 11th Assembly particularly calls on: The WCC to examine, discuss and discern the implications of the recent reports by B'Tselem, Human Rights Watch, and Amnesty International, and for its governing bodies to respond appropriately.”.

5 Vgl. <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2022/09/KPS-OeRK-Protest-Anlage-ACSA-final-resolution-25AUG2022.pdf>.

6 Vgl. die Pressemeldung der Presbyterianischen Kirche in den USA: <https://www.presbyterianmission.org/story/unity-among-members-of-the-world-council-of-churches-not-in-every-case-presbyterians-on-the-ground-report/>

Dieser Text wurde im Endeffekt angenommen.⁷ Er bedeutet:

1. Der völkerrechtliche Begriff Apartheid wurde in den Schlussbericht zum Thema aufgenommen.
2. ÖRK und Mitgliedskirchen sind aufgefordert, einen Prozess durchzuführen, um die Angemessenheit des Begriffes Apartheid zu prüfen und entsprechende Schlussfolgerungen für das Handeln zu ziehen. Dazu liegt bereits ein Dokument vor, das von Kairos Palästina und Global Kairos for Justice (internationales Netzwerk, deren mit Kairos Palästina im Blick auf ihren jeweiligen Kontext zusammenarbeiten) erarbeitet wurde: „Das System der Apartheid in Israel. Ein dringender Aufruf an die Kirchen in aller Welt, Gerechtigkeit zu üben“.⁸

3. Hierzulande muss in diesem vor uns liegenden Prozess erstens begriffen werden, dass Deutschland mit dem Holocaust nicht nur eine Schuld auf sich geladen hat. Denn ohne das einzigartige Menschheitsverbrechen des Mordes an 6 Millionen Juden wäre die Nakba, die Katastrophe für das palästinensische Volk in dieser Form nicht geschehen. Und zweitens ist das Unterdrückungssystem und die nun schon 55 Jahre währende völkerrechtswidrige militärisch-gewaltsame Besatzung für den Staat Israel nur möglich, weil die USA und Europa diese mitfinanzieren (die USA u.a. mit jährlich 3.8 Mrd US \$ für das unterdrückende Militär) und politisch faktisch – trotz gelegentlicher rhetorischer Proteste – unterstützen. Die Kirchen müssen also die Regierungen auffordern, alle weitere Kooperation mit dem Staat Israel an die Einhaltung des Völkerrechts zu binden.

Dazu müssen aber die ChristInnen, Gemeinden und Landeskirchen in Deutschland die EKD überzeugen, dass unser biblischer Glaube mit der Einhaltung des Rechts verbunden ist, und dass eine Kirche, die das Völkerrecht verachtet, sich nicht nur aus der ökumenischen Gemeinschaft, sondern von ihrer biblischen Basis entfernt. Als Hitler 1933 jüdischen Menschen in Deutschland die bürgerlichen und politischen Rechte entzog (es ging damals noch nicht um ihre Vernichtung) schrieb Bonhoeffer einen Aufsatz mit der Schlussfolgerung, dass es einen status confessionis (Fall klaren Bekenntnisses) für die Kirche darstelle, wenn ein Staat einer Bevölkerungsgruppe die Rechte entzieht. Warum wendet die EKD diese Erkenntnis nicht auf den Entzug der Rechte der PalästinenserInnen durch den Staat Israel an und antwortet so wie andere Kirchen auf den palästinensischen *Schrei nach Hoffnung*?⁹

VertreterInnen von Kirchen aus dem globalen Süden und auch den USA fürchten bereits, dass mit der Wahl des deutschen Landesbischofs Bedford-Strohm zum Moderator des Zentralausschusses die Verhinderungsstrategie im Blick auf die Leiden der PalästinenserInnen fortgesetzt werden könnte. Aber es ist zu hoffen, dass ein früherer Professor für Sozialethik das Völkerrecht achten wird.

ViSdP: Kirchenrat i.R. Ernst-Ludwig Vatter, Im Lutzen 5, 73773 Aichwald, <welvatter@arcor.de>

7 Vgl. den gesamten Text unter <https://www.oikoumene.org/resources/documents/seeking-justice-and-peace-for-all-in-the-middle-east>.

8 Vgl. <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2022/07/KPS-Infoblatt-zu-Broschuere-Apartheid-in-Israel.pdf>.

9 Vgl. „Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln – *Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen!*“ in: <https://www.cryforhope.org/> und <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2022/01/KPS-Infoblatt-Schrei-nach-Hoffnung-und-Antworten.pdf>.